

Kramp-Karrenbauer war nicht in Wunstorf

Nach dem Afghanistan-Einsatz: „Genau hinschauen“, FR-Meinung vom 1. Juli

Jetzt muss der Einsatz in Mali überprüft werden

Was hat der zwanzigjährige, über zwölf Milliarden teure Kriegseinsatz der Bundeswehr den Menschen in Afghanistan gebracht? Von einer Demokratisierung und Befriedung ist das Land weit entfernt. Wann endlich lernen die verantwortlichen Politiker, dass diese Ziele mit militärischen Mitteln nicht zu erreichen sind? Und wann nehmen sie zur Kenntnis, dass die Erhöhung der Militärausgaben nicht zur Beendigung von Konflikten führt und kein Beitrag zum Frieden ist? Ob die Bundesregierung aus dem Scheitern in Afghanistan Konsequenzen zieht, bleibt abzuwarten. Die kritische Überprüfung des Einsatzes in Mali wäre der erste notwendige Schritt. Rolf Webeck, Kassel

Gutes Benehmen ist anscheinend Glückssache

Nach fast 20 Jahren ging am 30. Juni 2021 der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zu Ende. Die letzten 264 Soldaten landeten auf dem Fliegerhorst Wunstorf. Nicht anwesend war zur Begrüßung die „Mutter der Bundeswehr“, Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer. Sie hatte einer Einladung des Verteidigungsministers der USA nach Washington eine höhere Wichtigkeit eingeräumt. Diese Prioritätensetzung war geschmacklos. Die



Die letzten Soldaten des deutschen Afghanistan-Einsatzes sind auf dem Fliegerhorst Wunstorf ankommen. DPA

„Mutter der Bundeswehr“ hat gefälligst wartend auf dem Flugplatz zu stehen, wenn eine so große Zahl von „Söhnen und Töchtern“, Ihren Soldaten, aus dem Kriegseinsatz nach Hause kommt.

Der Kriegsminister der USA hätte ebenfalls einen besseren Einfall haben können, nämlich den, in Begleitung der Verteidigungsministerin in Wunstorf auf die heimkehrenden Deutschen zu warten, um ihnen im Namen der USA dafür zu danken, dass sie 20 Jahre lang für amerikanische Interessen „die Kastanien aus dem Feuer“ geholt haben. Benehmen ist Glückssache, historisches Fingerspitzengefühl erst recht. Otfried Schrot, Oberstleutnant a.D., Hannover

Mehr Scheitern als in Afghanistan geht nicht

59 tote deutsche Soldaten, tausende Soldatinnen und Soldaten traumatisiert, Hunderttausende Tote unter der Zivilbevölkerung, selbst der ehemals befriedete Norden wurde zum Kriegsgebiet, Ein sinnloser Einsatz zur „Verteidigung der Demokratie am Hindukusch“. Die Taliban sind heute stärker als 2001. Das ist eine Bilanz, die sich nicht schönreden lässt. Mehr Scheitern als in Afghanistan geht nicht. Dies einzugestehen, sind die Regierungen den Familien aller Opfer schuldig. Stattdessen wird über neue Auslandseinsätze nachgedacht, und der Rüstungshaushalt wächst. Kurt Lennartz, Aachen

Der demokratische Anstrich

Demokratie: „Politik ohne Vernunft führt ins Verderben“, FR-Feuilleton vom 25.6.

Es gibt unzählige Bücher, Artikel und Reden über (unsere) Demokratie, die sie schönreden oder kritisieren und dazwischen. In diesem Dazwischen befindet sich Rainer Forst, wenn er die Demokratie als „fighting creed“ (Überzeugungskampf) bezeichnet. Das ist zum einen, wenn man die Geschichte betrachtet, sicherlich richtig, zum anderen, wenn man sich auf die Gegenwart bezieht, eher doch sehr optimistisch gesehen. Im GG Art.20 (2) steht geschrieben: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt“. Das bedeutet realiter, dass das Volk lediglich alle vier bis fünf Jahre seine Kreuzchen bei Parlamentswahlen machen darf. Bürgermeister und Landräte werden direkt gewählt. Abstimmungen sind im Bund gar nicht, aber in einigen Ländern vorgesehen. D.h. das Volk wird „repräsentiert“, denn weitere demokratische Beteiligung finden in der Regel nicht statt bzw. wird wohl von den meisten Bürgern auch gar nicht gewollt(?). Der demokratische Anstrich soll sich deshalb aus der Gewaltenteilung ergeben:

Legislative: Die Abgeordneten werden vom Volk gewählt, aber unterliegen dem Fraktionszwang der Parteien. Sie wählen Bundeskanzler oder Ministerpräsident sowie die Richter am BVerfG und an den VerfG der einzelnen Länder.

Exekutive: Der Bundeskanzler oder Ministerpräsident ernennet die Minister. Die bestimmen ihre Staatssekretäre und hohen Beamten. Weiterhin ist jede Verwaltung Teil der Exekutive.

Judikative: Die Judikative ist so in die Exekutive eingebettet, dass man eigentlich nicht von einer eigenständigen staatlichen Gewalt sprechen kann. Die Strafverfolgung liegt bei den Staatsanwaltschaften. Diese können aber nicht unabhängig handeln, denn Staatsanwälte sind über die Justizministerien weisungsgebunden. Jeder Richter ist zwar per Gesetz frei und unabhängig. Es existiert aber kein institutioneller Rahmen, der diese Unabhängigkeit garantiert. Weder verfügen die Gerichte über ein eigenes Budgetrecht, noch besetzen sie ihre Stellen selbst, das ist Sache der Justizministerien. Der einzelne Richter ist frei darin, sich innerhalb dieses Rahmens so angepasst zu bewegen, dass es der Karriere förderlich ist. Eine funktionale Trennung zwischen Exekutive und Judikative existiert faktisch nicht.

Das Ergebnis der Betrachtung fällt deshalb ziemlich ernüchternd aus. Ein gewaltenteiliger Staat, in dem im Wesentlichen nur die Legislative demokratisch verfasst ist, kann wohl nicht ernsthaft als demokratisch bezeichnet werden. Ich persönlich würde deshalb radikaler als Rainer Forst lieber von einer „Fassadendemokratie“ reden. Matthias Wooge, Neu-Isenburg